

Haushaltsausschuss 19. Wahlperiode					
Ausschuss- drucksache:				3141	

27. Sitzung des Haushaltsausschusses am 28. November 2018

Beschluss des Haushaltsausschusses zu TOP 14

Gesetzentwurf der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zur Errichtung des Sondervermögens "Digitale Infrastruktur"
(Digitalinfrastrukturfondsgesetz - DIFG)

Drucksache 19/4720

Der Haushaltsausschuss möge beschließen:

1. Die Bundesregierung unterrichtet den Haushaltsausschuss jeweils zum 15. März (Stand Ende des Haushaltsjahres, erstmals zum 15. März 2020) und 15. September (vor den Haushaltsberatungen) über die zweckentsprechende Verwendung der gemäß § 2 des Gesetzes verausgabten Mittel für
 - die Förderung der Investitionen in die digitale Infrastruktur (Gigabitnetzausbau) insbesondere in ländlichen Regionen und
 - die Finanzhilfen für die Unterstützung des Aufbaus und der Verbesserung der digitalen Infrastruktur für Schulen (Digitalpakt Schule).
2. Die Berichte sollen Aussagen zu folgenden Punkten enthalten:
 - Stand des jeweiligen Mittelabflusses und der eingegangenen rechtlichen Bindungen,
 - Ergebnisse der Förderung beim Gigabitnetzausbau,
 - Ergebnisse der Finanzhilfen bei der Umsetzung des Digitalpakts Schule,
 - Mitfinanzierungsanteile von Ländern und Kommunen,
 - Darstellung, welche zusätzlichen Investitionen mit der Förderung bzw. den Finanzhilfen durch den Bund in Ländern und Kommunen jeweils erfolgen.
3. Die Bundesregierung legt dem Haushaltsausschuss die zwischen Bund und Ländern zu schließende Verwaltungsvereinbarung zur Regelung der Finanzhilfen vor dem verbindlichen Abschluss zur Kenntnisnahme vor.
4. Der Haushaltsausschuss bittet die Länder, der Bundesregierung die für die Erstellung der Berichte erforderlichen Informationen zur Verfügung zu stellen.
5. Der Haushaltsausschuss bittet den Bundesrechnungshof, die Umsetzung des Digitalinfrastrukturfondsgesetzes und die Verwendung der Mittel begleitend zu kontrollieren.